

APD-AGENTURMELDUNG

Nachrichtenagentur APD

195/2019

Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: [#Iran](#)/[#Konvertiten](#)/[#Folter](#)/[#Verfolgung](#)/[#Religionsfreiheit](#)



Gohardascht-Gefängnis in Karaj/Iran. Eine Haftanstalt, in der auch christliche Konvertiten einsitzen.
© Foto: Ensie & Matthias Flickr.Lizenziert unter CC BY-SA 2.0 via Wikimedia Commons

Iran verschärft Verfolgung von Menschen, die vom Islam abfallen

Frankfurt am Main/Deutschland | 22.08.2019 | APD | Die Führung der Islamischen Republik Iran hat die Verfolgung von Iranern, die sich vom Islam abgewendet haben, weiter verschärft. Darauf weist die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* IGFM hin. Nach Beobachtungen der IGFM verstärken der iranische Geheimdienst und die islamischen Revolutionsgarden die Bedrohung von christlichen Konvertiten, Baha'is und Sufis. Nach dem im Iran geltenden islamischen Recht, gilt das Verlassen des Islams als todeswürdiges Verbrechen.

„Nur die Aufmerksamkeit der Welt hält diese Menschen am Leben“

Nichtmuslime werden laut IGFM im Iran seit der islamischen Revolution systematisch diskriminiert. Angehörigen „geschützter Religionen“ – Christen, Juden und Zoroastrier –

wird lediglich ein Existenzrecht „gewährt“. Andersgläubige, Atheisten und Christen, die früher Muslime waren, sind praktisch rechtlos. „Die iranischen Behörden missachten systematisch bindende Verträge des Völkerrechtes und sogar das eigene iranische Recht“, kritisiert der Sprecher des IGFM Vorstands, Martin Lessenthin, „nur die Aufmerksamkeit der Welt hält diese Menschen am Leben“. Der Iran sei der bedeutendste unter den wenigen Staaten, die sich weigern, die UN-Antifolterkonvention zu ratifizieren, schreibt die Menschenrechtsorganisation.

Beispielhaft nennt die IGFM den iranischen Konvertiten Ebrahim Firoozi. Wie viele frühere Muslime ist er seit Jahren im Visier des iranischen Geheimdienstes – vor allem, weil er nicht aufhört, über seinen neuen Glauben zu sprechen. Nach mehreren Verhaftungen ist der inzwischen 34-jährige Iraner im Jahr 2015 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er wollte christliche Hauskreise gründen. Die iranische Justiz sah darin den Versuch „eine Gruppe mit der Absicht zu gründen, die nationale Sicherheit zu stören“. Ob er nach den fünf Jahren Gefangenschaft tatsächlich aus dem Rajae Shahr-Gefängnis im nordiranischen Karaj freigelassen wird, ist nach den Erfahrungen der IGFM völlig offen. Politische Gefangene würden vielfach nicht nur völlig willkürlich verhaftet, sondern auch ebenso willkürlich weiter gefangen gehalten.

Willkür und Folter, damit Konvertiten wieder Muslime werden

Ein anderer christlicher Konvertit berichtete der IGFM, dass er in einer mit 80 Häftlingen vollgestopften, fensterlosen und unterirdischen Zelle eingesperrt gewesen sei, die für 20 Personen angelegt war. Der Iraner sei allein wegen seiner christlichen Gemeindegarbeit willkürlich verhaftet, misshandelt und gefoltert worden – obwohl er in keiner Weise gegen iranisches Recht verstoßen habe. Durch die Tritte bei „Verhören“ habe er innere Verletzungen erlitten. Ärzte des Gefängnisses und eines Zivilkrankenhauses hätten über ein Jahr lang gefordert, dass er wegen der Misshandlungen operiert werden müsse – doch die Behörden hätten ihm die dringend notwendige Hilfe verweigert. Der Konvertit habe monatelang kein Sonnenlicht gesehen. In der Einzelhaft habe das Kunstlicht in seiner winzigen Zelle Tag und Nacht gebrannt. Eine Matratze habe er nur kurz gehabt, nachdem er nach einem „Verhör“ in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei. Als die Wärter ihn wieder abholten, hätten sie ihn vor dem schockierten Krankenhauspersonal geschlagen und gedemütigt. Seine Peiniger hätten ihm immer wieder deutlich gemacht, dass es nur einen einzigen Weg in die Freiheit gäbe: Er müsse wieder Muslim werden. Letztlich sei er dennoch entlassen worden, so IGFM. Westliche Politiker hatten sich mehrfach direkt für seine Freilassung eingesetzt und damit die iranische Führung unter Druck gesetzt.

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: www.apd.info

IMPRESSUM:

Nachrichtenagentur APD

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 511 97177-114

Mobil: +49 172 4499780

E-Mail: info@apd.info

Web: www.apd.info

Facebook: [AdventistischerPressedienstDeutschland](https://www.facebook.com/AdventistischerPressedienstDeutschland)

Twitter: https://twitter.com/apd_info

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes